

23. Februar 2022

MU fordert Belastungsmoratorium

Pfeffer: „Betriebe brauchen Entlastungspaket“

Die Mittelstands-Union Mittelfranken (MU) fordert angesichts der brenzligen politischen und wirtschaftlichen Lage ein sofortiges Belastungsmoratorium für Unternehmen und Beschäftigte. „Zwei Jahre nach Ausbruch der Pandemie lasten die Folgen noch immer schwer auf unseren Unternehmen. Aktuell kommen der Russland-Konflikt und explodierende Energie- und Rohstoffpreise dazu“, sagt Robert Pfeffer, Vorsitzender der MU Mittelfranken. „Die Bundesregierung muss jetzt die Notbremse ziehen und jede zusätzliche Belastung für die Wirtschaft vermeiden. Jede weitere Bürokratie oder finanzielle Last schadet unseren Betrieben und Beschäftigten. Stattdessen brauchen sie Planungssicherheit und Entlastungen“, so Pfeffer.

Die MU fordert ein Sofortentlastungspaket, insbesondere einen Energiepreis-Dämpfer. Dazu gehört die sofortige Abschaffung der EEG-Umlage für alle Stromkunden sowie die Ermäßigung der Mehrwertsteuer auf Strom, Gas und Fernwärme. Die Strom-Steuer soll auf das europäische Mindestmaß gesenkt und die Pendlerpauschale erhöht werden.

Pfeffer: „Diese Maßnahmen würden alle sofort entlasten – Verbraucher und Betriebe. **Darüber hinaus braucht unser Mittelstand als Beschäftigungsmotor Deutschlands einen Befreiungsschlag aus den Corona-Fesseln.** Die Bundesregierung muss bei der steuerlichen Verlustverrechnung nachbessern, um den Unternehmen Liquidität zu verschaffen. Außerdem gehört der Solidaritätszuschlag für alle Steuerzahler und damit auch für Unternehmen sofort abgeschafft.“

Um kleinere Unternehmen von Bürokratie zu entlasten, schlägt die MU vor, die Grenzen für Buchführungspflichten anzuheben. Staatliche Betriebs- und Nutzungsgenehmigungen, die 2022 auslaufen, sollen automatisch um ein Jahr verlängert werden. Das von der MU geforderte Belastungsmoratorium soll außerdem auf EU-Ebene ausgeweitet werden. „Weltweit reißen die Lieferketten auseinander. Die Engpässe spüren auch unsere Betriebe in Mittelfranken. Ausgerechnet jetzt wollen Deutschland und die EU die Lieferketten schärfer kontrollieren, während gleichzeitig in Osteuropa die Panzer rollen. Das ist nicht nachvollziehbar“, kritisiert Pfeffer.

Dr. Robert Pfeffer
Bezirksvorsitzender

Ludwig-Erhard-Straße 9a
91052 Erlangen

T 09131 92 36 991
F 09131 92 35 749

mail@mu-mittelfranken.de
www.mu-mittelfranken.de